

Berlin, Flensburg, Hannover, Kiel und Dresden

# „Der öffentliche Dienst darf nicht zweite Wahl sein“



4. März 2025, Hannover



6. März 2025, Kiel

Mit bundesweiten Warnstreiks und Aktionen sind Beschäftigte des Bundes und der Kommunen in den März gestartet. Am 3. März 2025 in Berlin, am 4. März 2025 in Flensburg und Hannover und am 6. März 2025 in Kiel und Dresden gingen Tausende Kolleginnen und Kollegen auf die Straße, um die Arbeitgeberseite zur Bewegung am Verhandlungstisch zu zwingen.

## Berlin am 3. März 2025

In Berlin haben Beschäftigte am 3. März 2025 vor der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. Sie forderten unter anderem eine Kurskorrektur in der Personalpolitik. dbb Verhandlungsführer Volker Geyer unterstrich, dass gerechte Einkommenserhöhungen gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und geopolitischer Spannungen nicht nur legitim, sondern dringend erforderlich sind. „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes unverzichtbare Arbeit für die Gesellschaft und deren Schutz. Wer erwartet, dass diese tragenden Säulen des Gemeinwohls stabil bleiben, muss für eine faire und ausgleichende Entlohnung sorgen.“ Die Inflationsraten der vergangenen Jahre hätten die realen Einkommen sinken lassen. „Steigende Mieten, Energiekosten und Lebensmittelpreise belasten alle Kolleginnen und Kollegen. Ohne angemessene Anpassungen verlieren sie weiter an Kaufkraft“, so Geyer.

## Flensburg am 4. März 2025

Am 4. März 2025 fand ein Warnstreik von Mitgliedern des vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte statt. Ziel der Arbeitskampfmaßnahme war das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg. Die vbob Fachgruppe Kraftfahrt-Bundesamt war mit



3. März 2025, Berlin





4. März 2025, Flensburg



etwa 150 Mitgliedern stark vertreten. Unterstützt wurde sie durch Kolleginnen und Kollegen der Fachgruppe Technisches Hilfswerk und des VAB. Der stellvertretende vbob Bundesvorsitzende und Mitglied der dbb Verhandlungskommission Ludwig Hofmann berichtete von den bisher fehlenden Fortschritten der zwei Verhandlungsrunden in Potsdam und der starken Hinhalte- und Verzögerungstaktik der Arbeitgeberseite. Er machte deutlich, dass sogar die Arbeitgebenden nunmehr erkannt hätten, dass schon jetzt und verstärkt in den kommenden Jahren Fachkräfte in der Bundesverwaltung fehlen. Ein funktionierender Staat sei aber nur mit diesem dringend benötigten Personal zu stemmen.



**Mehr Zeit für Dich!**

### Hannover am 4. März 2025

Am 4. März 2025 in Hannover machten über 1.200 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihrem Frust über die Haltung der Arbeitgebenden Luft. Volker Geyer kritisierte, dass die Arbeitgebenden bei der zweiten Verhandlungsrunde im Februar kein Angebot vorgelegt hatten. „Stattdessen durften wir uns wieder anhören, dass die Kassen leer seien, die Haushaltslage angespannt sei und unsere Forderungen die Kommunen überlasten. Diese Argumente kommen in jeder Tarifrunde und langsam können wir die alte Leier nicht mehr hören.“

Thomas Zeth, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, ergänzte: „Das Wort Wertschätzung wird durch die Arbeitgebenden zunehmend zu einer hohlen Phrase. Wenn sie es mit der Wertschätzung ernst meinen, dann müssen sie neben dem Anheben des Volumens auch die Arbeitsbedingungen verbessern.“ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst arbeiten an der Belastungsgrenze und darüber hinaus, erklärte Zeth. „Wir fordern daher mehr Zeitsouveränität und mehr freie Tage. Nur so gelingt echte Entlastung.“

Die Kundgebung startete symbolisch um fünf vor zwölf. Damit wollten die Beschäftigten auf ihre prekäre Situation aufmerksam machen, erklärte Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des dbb niedersachsen: „Die Beschäftigten haben große Schwierigkeiten, die immer größer werdende Aufgabenlast zu bewältigen. Gleichzeitig tickt die Uhr des demografischen Wandels: In den nächsten zehn Jahren wird ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden. Die Politik muss diese Schieflage bestehend aus mehr Arbeit bei weniger Personal unverzüglich beheben.“



4. März 2025, Hannover



4. März 2025, Hannover



dbb aktuell





6. März 2025, Kiel



## Kiel am 6. März 2025

Am 6. März 2025 demonstrierten fast 3.000 Beschäftigte in Kiel gegen die Blockadehaltung der Arbeitgebenden. dbb-Vize Andreas Hemsing betonte auf der Kundgebung: „Die Arbeitgebenden wollen einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, aber sie wollen kein Geld dafür ausgeben.“ Dabei brauche der Staatsdienst diese Investitionen dringend. „Nur mit attraktiven Einkommen und Arbeitsbedingungen können wir Bestandskräfte halten und Interessierte für uns gewinnen“, so der dbb-Vize.

Matthäus Fandrejewski, Bundesvorsitzender der dbb jugend, machte deutlich: „Der öffentliche Dienst darf bei der Berufswahl für Jugendliche nicht zur zweiten Wahl hinter der Privatwirtschaft werden. Wir bieten sinnstiftende und erfüllende Arbeit. Die Arbeitgebenden müssen jetzt dafür sorgen, dass diese Leistung auch entsprechend bezahlt wird.“

Der Landesbundvorsitzende des dbb schleswig-holstein, Kai Tellkamp, erwartet in der dritten Verhandlungsrunde von Bund und VKA die Aufgabe ihrer bisherigen Blockadehaltung: „Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf den öffentlichen Dienst verlassen können. Das funktioniert aber nur, wenn sich die Beschäftigten auf Entlastung und faire Einkommen verlassen können.“

## Dresden am 6. März 2025

Sächsische Kommunalbeschäftigte und Beschäftigte der Autobahn GmbH des Bundes haben sich am 6. März 2025 in Dresden lautstark für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt. „Der Fachkräftemangel, die demografische Entwicklung, eine ständig wuchernde Aufgabenfülle – die Beschäftigten des öffentlichen Diensts arbeiten in der aktuellen politischen Lage am Limit – in Sachsen wie überall in Deutschland! Wenn die Arbeitsbelastung steigt, müssen die Einkommen mit rauf“, rief Hermann-Josef Siebigtheroth, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, den 200 Teilnehmenden auf der Kundgebung vor dem Gebäude des Kommunalen Arbeitgeberverbands Sachsen zu. „Bund und Kommunen müssen in den öffentlichen Dienst investieren, und zwar in beides: Beton und Beschäftigte. Sonst kann unser Staat die anstehenden Aufgaben nicht erfüllen“.

„Die Menschen in Deutschland wollen einen handlungsfähigen Sozialstaat. Das ist und bleibt aber personalintensiv“, betonte auch Steffen Winkler, stellvertretender Landesvorsitzender im SBB: „Pflegen, Lehren, Sichern und Planen können nur die gut ausgebildeten Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“



6. März 2025, Kiel



6. März 2025, Kiel







6. März 2025, Dresden



6. März 2025, Dresden



Weitere Informationen finden Sie unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)



## Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über [www.dbb.de](http://www.dbb.de), über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



### Bestellung weiterer Informationen

Name\*

Vorname\*

Straße\*

PLZ/Ort\*

Dienststelle/Betrieb\*

Beruf

#### Beschäftigt als\*:

- Tarifbeschäftigte/r
  - Beamter/Beamtin
  - Rentner/in
  - Azubi, Schüler/in
  - Anwärter/in
  - Versorgungsempfänger/in
- Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
- Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
- Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

**Datenschutzhinweis:** Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen\* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 40, Telefax: 030. 40 81 - 49 99, E-Mail: [post@dbb.de](mailto:post@dbb.de). Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: [datenschutz@dbb.de](mailto:datenschutz@dbb.de). Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: [www.dbb.de/datenschutz](http://www.dbb.de/datenschutz).

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.  
**dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 4081-5400, Fax: 030. 4081-4399, E-Mail: [tarif@dbb.de](mailto:tarif@dbb.de), Internet: [www.dbb.de](http://www.dbb.de)**